

## **RzF - 8 - zu § 9 Abs. 1 FlurbG**

- 1. Es erscheint zweifelhaft, ob der in Rechtsprechung und Literatur einhellig vertretenen Ansicht zuzustimmen ist, nach der eine Einstellung des Flurbereinigungsverfahrens gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG nur wegen eines nachträglich eingetretenen Umstandes faktischer Art in Betracht kommt.**
- 2. Eine bloße Änderung der Rechtsansicht der zuständigen Behörde, also bei einem rein inneren (Erkenntnis-) Vorgang ohne veränderte äußere Umstände und bei sonstiger gleich bleibender Sach- und Rechtslage, liegen keine nachträglich eingetretenen Umstände im Sinne von § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG vor.**
- 3. Der Einstellungsbeschluss ist actus contrarius zur Anordnung; ihm kommt keine kassatorische (ex nunc oder ex tunc) Wirkung zu.**
- 4. Die fehlerhafte Anwendung einer Vorschrift reicht weder für eine Divergenz- noch für eine Grundsatzrüge aus.**

Bundesverwaltungsgericht , Beschluss vom 27.07.2005 - BVerwG 10 B 76.04 =  
Buchholz 424.01 § 9 FlurbG Nr. 3 (red. Leitsatz und Gründe)

### *Aus den Gründen:*

1. Der Rechtssache kommt wegen keiner der von der Beschwerde aufgeworfenen Fragen die geltend gemachte grundsätzliche Bedeutung zu (§ 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO).

a) Die Beschwerde hält die Frage für klärungsbedürftig,

"ob im Rahmen des Tausch-/Zusammenführungsverfahrens nach (dem) LwAnpG auch eine Rechtsansicht ein nachträglich eingetretener Umstand im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG sein kann."

aa) Diese Frage würde sich in einem Revisionsverfahren schon deshalb nicht stellen, weil sie daran vorbeigeht, dass das Flurbereinigungsgericht sein Urteil damit begründet hat, dass die in der Fragestellung erwähnte Rechtsansicht (hier die Auffassung des Beklagten, dass die Klägerin nicht Rechtsnachfolgerin im Gebäudeeigentum der streitbefangenen baulichen Anlagen geworden sei) im konkreten Fall nicht nur kein wie im Rahmen von § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG zu fordernder faktischer Umstand sei, sondern auch nicht nachträglich eingetreten sei. In ihrer vorstehend wiedergegebenen Frage unterstellt die Beschwerde aber das Gegenteil. Ob die Rechtsauffassung des Flurbereinigungsgerichts hinsichtlich des zweiten Teils dieser doppelten Begründung (kein nachträglicher Umstand) zutreffend ist, ist für die Frage der Revisionszulassung unerheblich. Die Beschwerde hat insoweit jedenfalls keine Revisionszulassungsgründe geltend gemacht.

bb) Unabhängig davon rechtfertigt die aufgeworfene Fragestellung die Zulassung der Revision auch deshalb nicht, weil sie sich soweit für die hier gegebene Fallkonstellation entscheidungserheblich ohne weiteres unmittelbar aus dem Gesetz beantworten lässt. Allerdings erscheint zweifelhaft, ob der in Rechtsprechung und Literatur soweit ersichtlich

einheitlich vertretenen Ansicht uneingeschränkt zuzustimmen ist, nach der eine Einstellung des Flurbereinigungsverfahrens gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG oder hier kraft der Verweisung in § 55 Abs. 3 LwAnpG, § 103 d FlurbG die Einstellung eines Bodenordnungsverfahrens nur wegen eines nachträglich eingetretenen Umstandes faktischer Art in Betracht kommt (so OVG Lüneburg, Urteil vom 28. August 1970 F OVG A 6/70 RdL 1971, 18; Hegele, in: Seehusen/Schwerde, FlurbG, 7. Aufl. 1997, § 9 Rn. 1; Quadflieg, Recht der Flurbereinigung, Stand: 12. Lfg. April 1989, § 9 Rn. 7; Steuer, FlurbG, 2. Aufl. 1967, § 9 Anm. 2, S. 111; Seehusen, RdL 1963, S. 29). Ob dem in dieser Allgemeinheit gefolgt werden kann, ist vom Bundesverwaltungsgericht bislang noch nicht entschieden (offen gelassen im Beschluss vom 11. September 2002 BVerwG 9 B 61.02 juris). Dies erscheint vor allem deshalb zweifelhaft, wenn man etwa eine Parallele zu jüngeren Gesetzen zieht, nach denen eine Änderung der Sach- und Rechtslage, also auch eine Veränderung rechtlicher Umstände, einen Anspruch auf ein Wiederaufgreifen des Verfahrens (§ 51 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG) begründen oder den Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes (§ 49 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG) rechtfertigen können, also in ähnlicher Weise die Korrektur einer früheren Verwaltungsentscheidung ermöglichen, wie das hier der Sache nach mit der Einstellung des Verfahrens gemäß § 9 FlurbG im Verhältnis zu dessen Einleitung nach § 4 FlurbG angestrebt ist. Doch bedarf dies anlässlich des vorliegenden Falls keiner Klärung und rechtfertigt deshalb auch nicht die Durchführung eines Revisionsverfahrens. Denn jedenfalls in der hier gegebenen Fallkonstellation einer bloßen Änderung der Rechtsansicht der zuständigen Behörde, also bei einem rein inneren (Erkenntnis-)Vorgang ohne veränderte äußere Umstände und bei ansonsten gleich bleibender Sach- und Rechtslage, liegen keine nachträglich eingetretenen Umstände i. S. v. § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG vor.

Zu Unrecht meint der Beklagte, bei einer Beschränkung des Anwendungsbereichs von § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG im hier vertretenen Sinne werde die Flurbereinigungs-/Bodenordnungsbehörde in ihren Möglichkeiten der Verfahrensführung über Gebühr behindert. Vielmehr dürften viele Fallkonstellationen so gestaltet sein, dass es in der Regel äußere Umstände sind, wie etwa Änderungen in der Beschlusslage maßgeblicher Gremien oder Entscheidungsträger, die Anlass für eine geänderte Rechtsansicht und für eine veränderte Einschätzung der Zweckmäßigkeitsentscheidung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG geben. So hat das Bundesverwaltungsgericht bereits anerkannt, dass der Beschluss einer Gemeindevertretung, die Durchführung einer Flurbereinigung gegen den Willen der Mehrheit der Betroffenen abzulehnen und den mit ihr u. a. bezweckten Gewässerausbau im Flurbereinigungsgebiet außerhalb des Flurbereinigungsverfahrens selbst vorzunehmen (so die Fallkonstellation im Urteil des BVerwG vom 11. August 1983 BVerG 5 C 30.82 BVerwGE 67, 341 => RzF - 4 - zu § 9 Abs. 1 FlurbG >), ein nachträglicher Umstand i. S. v. § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG sein kann. In diesem Fall wurde also nicht die bloße Meinungsänderung oder der Willensentschluss, sondern der tatsächliche Umstand, dass ein solcher Beschluss gefasst wurde, als der äußere Umstand angesehen, der die veränderte Einschätzung der Zweckmäßigkeit i. S. v. § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG trug.

b) Die Beschwerde hält weiter die Frage für rechtsgrundsätzlich klärungsbedürftig,

"ob die §§ 48, 49 BVwVfG von § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG verdrängt werden."

Auch diese Frage rechtfertigt nicht die Durchführung eines Revisionsverfahrens, weil sie sich auf der Grundlage des angegriffenen Urteils nicht stellt. Das Flurbereinigungsgericht hatte den angefochtenen Verwaltungsakt auf seine Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Darin hat der Beklagte die Einstellung des Verfahrens gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG verfügt, nicht aber etwa die vorangegangene Anordnung (Einleitung) des Verfahrens aufgehoben i. S. v. §§ 48, 49 VwVfG. Inwiefern vor diesem Hintergrund die aufgeworfene Frage in dem angestrebten Revisionsverfahren einer Klärung zugeführt werden könnte, vermag die Beschwerde nicht aufzuzeigen.

Im Übrigen ergibt sich schon aufgrund des Gesetzeswortlauts, dass die beiden Vorschriften verschiedene Regelungsgegenstände betreffen: § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG ist die spezialgesetzliche Rechtsgrundlage für die Einstellung eines Flurbereinigungsverfahrens bzw. im vorliegenden Fall über § 103 d FlurbG, § 55 Abs. 3 LwAnpG eines freiwilligen Landtauschverfahrens nach dem LwAnpG. Die Einstellung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG ist der "actus contrarius" zur Anordnung (Einleitung) des Flurbereinigungsverfahrens gemäß § 4 FlurbG. Nach der gesetzlichen Konzeption bleibt allerdings der Anordnungs-(Einleitungs-)Beschluss als Verwaltungsakt i. S. v. § 35 VwVfG davon unberührt. Der Einstellungsentscheidung kommt keine kassatorische Wirkung (ex nunc oder ex tunc) mit Blick auf den Anordnungsbeschluss zu.

Demgegenüber regeln die §§ 48, 49 VwVfG die Voraussetzung für die Aufhebung (Rücknahme oder Widerruf) eines (rechtswidrigen oder rechtmäßigen) Verwaltungsaktes. Dementsprechend enthält auch der im vorliegenden Fall angefochtene Bescheid des Beklagten vom 9. Dezember 2002 zwei voneinander zu trennende Regelungen: erstens die Einstellung des Landtauschverfahrens nach dem LwAnpG, gestützt auf die erstgenannte Rechtsgrundlage, und zweitens die Aufhebung des Tauschbeschlusses vom 27. August 1999, für die aus Sicht des Beklagten hier allein § 48 Abs. 1 Satz 1 VwVfG (i. V. m. § 1 SächsVwVfG in Betracht kommt).

...

2. Das Beschwerdevorbringen rechtfertigt auch keine Zulassung der Revision unter dem Gesichtspunkt der Divergenz (§ 132 Abs. 2 Nr. 2 VwGO). Insoweit genügt das Beschwerdevorbringen bereits nicht den Darlegungserfordernissen (§ 133 Abs. 3 Satz 3 VwGO). Voraussetzung dafür wäre, dass die Beschwerde einen inhaltlich bestimmten, die angefochtene Entscheidung tragenden abstrakten Rechtssatz benennt, mit dem das Flurbereinigungsgericht einem in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts aufgestellten ebensolchen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts tragenden Rechtssatz in Anwendung derselben Rechtsvorschrift widersprochen hat. Nicht ausreichend ist dagegen das Aufzeigen einer fehlerhaften oder unterbliebenen Anwendung von Rechtssätzen, die das Bundesverwaltungsgericht in seiner Rechtsprechung aufgestellt hat (vgl. BVerwG, Beschluss vom 19. August 1997 BVerwG 7 B 261.97 Buchholz 310 § 133 VwGO Nr. 26 S. 14 = NJW 1997, 3328). Die Beschwerde legt bereits nicht in der erforderlichen Weise den abstrakten Rechtssatz in der von ihr angeführten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (vom 11. August 1983 BVerwG 5 C 30.82 BVerwGE 67, 341 <= RzF - 4 - zu § 9 Abs. 1 FlurbG >) dar, von dem das angegriffene Urteil angeblich abweicht. Die Beschwerde zitiert die genannte Entscheidung mit der (lediglich den Gesetzeswortlaut wiedergebenden) Aussage, dass die Einstellungsentscheidung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 FlurbG an die rechtliche Voraussetzung geknüpft ist, dass "die Flurbereinigung infolge nachträglich eingetretener Umstände nicht zweckmäßig" erscheint. Weder der Beschwerde noch der genannten Entscheidung kann indes entnommen werden, dass das Bundesverwaltungsgericht darin den Rechtssatz aufgestellt hätte, eine Einstellung des Flurbereinigungsverfahrens komme sowohl wegen faktischer als auch wegen rechtlicher nachträglicher Umstände in Betracht. Wie bereits erwähnt (sub 1. a) bb), ging es in der zitierten Entscheidung auch um einen faktischen Umstand (Beschluss der Gemeindevertretung, eine Flurbereinigung abzulehnen und den mit ihr bezweckten Gewässerausbau in Eigeninitiative durchzuführen). Indem die Beschwerde im Folgenden rügt, dass das Flurbereinigungsgericht den Anwendungsbereich von § 9 FlurbG auf das nachträgliche Eintreten (allein) von faktischen Umständen beschränke, beanstandet sie in Wahrheit lediglich eine fehlerhafte Anwendung der genannten Vorschrift durch das Flurbereinigungsgericht. Dies reicht indes weder für eine Divergenz- noch für eine Grundsatzrüge aus.